





der Deutschen Volkspartei hält allen solchen sozialistischen Wandern gegenüber daran fest, daß die Entwicklung im Reich und in Preußen übereinstimmend vor sich gehen muß. Die Sozialdemokraten werden sich also sehr bald dafür entscheiden müssen, ob sie auf die Regierungsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei oder mit den Unabhängigen mehr Wert legen. Ihre Hoffnung, in Preußen unerschöpflich die Regierungsbildung auf dasselbe Gleis zu schieben, auf dem sie es im Reich jetzt verfolgen, wird unbedingt scheitern, und nicht nur an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei, sondern, wie wir mit Sicherheit annehmen, auch an dem des Zentrums und der Demokraten.

Während also das Zentrum fragt, ob die Unabhängigen bereit wären, auch die Deutsche Volkspartei in die Koalition mit aufzunehmen, erklärt die Volkspartei, daß sie nicht daran denke, sich an einer gemeinsamen Regierung mit den Unabhängigen zu beteiligen. Damit diktiert sie nicht nur den Unabhängigen die nun selbstverständlich gewordene Antwort an das Zentrum, sondern sie brüskiert auch offensichtlich und absichtlich die Sozialdemokratische Partei. Wir fragen das Zentrum und die Demokraten, ob nach ihrer Ansicht der von der Volkspartei angeschlagene Ton derjenige ist, den man anschlägt, wenn man die Absicht hat, bestimmte Verhandlungen zum Ziele zu führen.

Das ungeheure Selbstbewußtsein der Deutschen Volkspartei — um einen milden Ausdruck zu wählen — erklärt sich daraus, daß sie mit Recht oder Unrecht das Zentrum und die Demokraten vollständig in der Tasche zu haben glaubt. Sie spricht genau so, als ob Zentrum und Demokraten ihre Bundesgenossen gegen die Sozialdemokraten wären, so daß man fast glauben könnte, diese Parteien hätten einen geheimen Rückversicherungsvertrag mit ihr abgeschlossen. Sie verläßt sich vollkommen darauf, daß Zentrum und Demokraten, die im Reich mit den Sozialdemokraten zusammengehen, weil sie sie brauchen, in Preußen ihre Aussperrungspolitik gegenüber den Sozialdemokraten so lange fortsetzen werden, bis diese bereit sein würden, alle gewünschten Zugeständnisse zu machen.

Wir wissen nicht, inwieweit die Deutsche Volkspartei Zentrum und Demokraten richtig beurteilt; wir können nur sagen, daß sie sich in der Sozialdemokratie täuscht. Die Sozialdemokratie hat sich bereit erklärt, zu verhandeln; sie hat nie verhehlt, daß ihr dieser Entschluß außerordentlich schwer gefallen ist und daß sie nur mit starken Bedenken an diese Verhandlungen herangetreten ist. Es wäre illogisch, wenn von irgendeiner Seite bestritten würde, daß das bisherige Verhalten der Deutschen Volkspartei geeignet war, diese Bedenken nicht nur nicht zu zerstreuen, sondern sie vielmehr auf das Äußerste zu verschärfen.

Deutschlands innere Politik ist damit in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg gefunden werden muß. Daß die Parteien der Wirth-Koalition im Reich unter den schwierigsten Verhältnissen gemeinsame Arbeit leisten, während sie in Preußen miteinander offen um die Macht kämpfen, das ist ein Zustand, der kaum noch länger ertragen werden kann.

### Die preußische Regierungsfrage.

Wie wir erfahren, gedenkt die sozialdemokratische Landtagsfraktion den übrigen Verhandlungspartnern eine formulierte Erklärung über die Gesichtspunkte vorzulegen, deren Anerkennung durch die zu bildende Regierung für sie Vorbedingung an einer Regierungsbeteiligung ist. Diese Erklärung steht einstweilen noch nicht fest, da die heute vormittag darüber beratende Fraktionsführung abgebrochen werden mußte, doch dürfte die Formulierung noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Fraktion besonderes Gewicht legen wird auf die Anerkennung und Verteidigung der Republik durch die neu zu bildende Regierung, auf die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts in Staat und Gemeinde, auf die Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei, auf den Ausbau der Sozialgesetzgebung, auf die Förderung einer grundlegenden Justizreform, auf die Schaffung eines zeitgemäßen Be-

amendissiplinarrecht und auf schärfste Heranziehung des Besizes zu den Staatslasten. In welcher Formulierung diese Gesichtspunkte in der Programmklärung zum Ausdruck gelangen werden, steht ebenso dahin wie die weitere Frage, ob sie noch nach dieser oder jener Richtung hin eine Ergänzung oder Erweiterung erfahren werden.

### Krise in der Bayerischen Volkspartei.

München, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die innerpolitische Entwicklung Bayerns ist gekennzeichnet durch eine nicht mehr abzuleugnende Linksentwicklung innerhalb der Bayerischen Volkspartei. Sie macht in den letzten Tagen trotz aller gegenseitigen Versicherungen der offiziellen Parteileitung weitere Fortschritte. Das führende Organ der Partei sieht sich veranlaßt, in spaltenlangen Artikeln den Kampf gegen die Tendenzen aufzunehmen, die im Sinne des Reichszentrums orientiert sind. Die Zentrumstreife innerhalb der Bayerischen Volkspartei seien keineswegs mehr in der Minderheit. Die Entschließungen der Parteiverfassungen in Nordbayern verlangten mit aller Entschiedenheit eine Wiederaufnahme der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum. Durch diese Beschlüsse sei eine Krise heraufbeschworen worden, deren Wirkung unabsehbar sei. Die sofortige Bewirkung der Beschlüsse würde die Partei rettungslos und hoffnungslos zugrunde richten.

Berücksichtigt man dazu die in Schwaben innerhalb der Bayerischen Volkspartei vorherrschende Neigung zur Zentrumspolitik, wie sie etwa die „Augsburger Postzeitung“ vertritt, so erhöht sich der Eindruck immer mehr, daß die Kreise innerhalb der Bayerischen Volkspartei, die nach links streben, stärker sind als man glaubt.

### Ein neuer Hirschfeld-Skandal?

Wie eine Gerichtskorrespondenz meldet, wurde Ditwig v. Hirschfeld nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Plöthensee wegen angeblicher Haftunfähigkeit in das Gefängnis zu Offenburg in Baden überführt, um hier den Rest seiner Strafe für das von ihm an Erzberger verübte Verbrechen abzubüßen. Nun wird mitgeteilt, daß sich bei Hirschfeld eine schwere Hysterie herausstellte, die seine Ueberführung in das Krankenhaus in Offenburg notwendig machte. Dort befindet er sich noch jetzt.

Man gewinnt aus dieser satonischen Notiz den Eindruck, daß hier ein neuer Justizskandal vorliegt. Bekanntlich wurde Hirschfeld schon einmal wegen angeblicher Nervenkrankung vier Monate aus der Haft beurlaubt und geriet in den Verdacht, den Griesbacher Anschlag auf Erzberger verübt zu haben. Wenn es ihm auch gelang, sich von diesem Verdacht zu reinigen, so entstand doch in der Öffentlichkeit allgemeine Befremdung darüber, daß die Justizbehörden dem Gesundheitszustand eines so gefährlichen Verbrechers wie Hirschfeld ihre rührende Fürsorge zuwandten. Jetzt hören wir von einer erneuten Entlassung Hirschfelds aus dem Gefängnis. Vielleicht findet sich auch diesmal wieder ein deutschnationaler Grundbesitzer, der Hirschfeld unentgeltlich sein Gut zum Sanatoriumsaufenthalt zur Verfügung stellt.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn die Justizbehörden und Gefängnisverwaltungen in höchstem Maße den Gefangenen gegenüber humane Erwägungen gelten lassen. Es ist jedoch noch nicht bekannt geworden, daß Arbeiter, die wegen irgendwelcher Delikte mit Freiheitsstrafen belegt wurden, mit der gleichen Schonung behandelt werden wie die Angehörigen anderer Bevölkerungsklassen. Wenn auch auf diesem Gebiete noch und nach ein starkes Mißtrauen gegen die Justiz erwacht, so tragen die Behörden, die auch hier mit zweierlei Maß messen, ihr gehöriges Quantum Schuld daran.

### Ludendorff auf dem Kriegspfad.

Der äußerst berechnende General Ludendorff hatte kürzlich eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „New York Herald“, dem er seine genialen Schachpläne gegen Rußland auseinandersetzte. Rußland könne nur dadurch geholfen werden, daß man eine gemeinsame Expedition Deutschlands, Frankreichs und Englands unter Amerikas Mithilfe ausrichte, deren Aufgabe es sei, den Bolschewismus zu stürzen. Erst dann könne man dem Gedanken einer Errettung der hungernden Teile Rußlands näher treten.

Weiter verkündete Ludendorff die Weisheit, daß Deutschland allein zu einem derartigen Feldzug nicht stark genug sei. Wenn jedoch das deutsche Volk erfülle, daß es gemeinsam mit England und Frankreich eine Expedition nach Rußland unternehmen solle, würden sich zahlreiche Offiziere und Soldaten freiwillig melden, um an diesem Unternehmen teilzunehmen. Auch die deutschen Arbeiter würden keinen Widerstand leisten, sondern einsehen, daß ein solches Unternehmen Rußland zur Freiheit verhelfen würde!

Ludendorff zeigt in diesen Worten die gleiche Unfähigkeit, die Empfindungen des deutschen Volkes zu verstehen, die er während seiner Feldherrntätigkeit bewies, und die mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch führte. Es dürfte für Ludendorffs politische Schulung sehr vortheilhaft sein, wenn er sich einmal der Mühe unterzöge, mit ernstem Willen die Stimmung der Arbeiterklasse zu erforschen. Dann würde er ein etwas anderes Bild gewinnen, als es ihm aus den Kreisen einer offenbar nur allzu willfährigen Offiziers-Lamarilla präsentiert wird. Ludendorffs Feldherrntaktik mußte auf die Dauer versagen, weil er von der Volkspolychologie nicht das mindeste verstand. Seine politischen Ausführungen werden längst — nicht nur in sozialistischen Kreisen — belächelt. Wenn Ludendorff glaubt, ein deutsch-französisches Bündnis durch einen gemeinsamen Raubzug gegen Rußland herbeizuführen, so beweist er nur aufs Neue die gleiche Naivität, die politisierenden Generalen zu eigen zu sein pflegt. Der geistreiche Heiß der Deutsch-Monarchisten war zu bescheiden, schon jetzt bei dem von ihm geplanten Unternehmen gegen Rußland die Führerrolle zu beanspruchen. Man gewinnt jedoch mehr und mehr den Eindruck, daß er sich in seiner gegenwärtigen Arbeitslosigkeit nicht wohl fühlt und sich deshalb nach einem neuen Tätigkeitsfeld umsieht.

### Ein bedauerlicher Rückzug.

Der Hamburger Generalsstaatsanwalt Dr. Schön wurde kürzlich vor kurzem seines Amtes enthoben, weil er, wie es in dem Gutachten des Hamburger Justizsenators Dr. Ködike hieß, aus politischen Gründen dem Gericht Beweismaterial vorenthalten habe. Der Sturm, den diese Amtsenthebung in den Reihen der Reaktion auslöste, ist leider nicht ohne Erfolg geblieben. Der Senat erklärt nämlich fobden, er könne den gegen Schön erhobenen Vorwurf nicht aufrechterhalten und fügt die Erklärung hinzu, er habe sich „im Ausbruch vergriffen“. Dr. Schön habe kein Beweismaterial zurückgehalten, sondern es nur gemäß seiner politischen Grundanschauung anders gewertet als Justizverwaltung und Senat.

Die Rechtspresse sucht diesen bedauerlichen Rückzug des Hamburger Senats für ihre Zwecke auszunutzen und unternimmt einen weiteren Vorstoß, indem sie darauf hinweist, daß durch die Amtsenthebung Schöns „so ziemlich die gesamte Juristenwelt der Hansestädte auf den Plan gerufen“ sei. Sollte dies der Fall sein, so wäre die Tatsache nur ein erneuter Beweis für die tiefe Kluft, die zwischen den Anschauungen der Juristenwelt und dem natürlichen und gesunden Rechtsempfinden des Volkes besteht. Gerade diejenigen Kreise, die sich bei jedem Anlaß — und so auch hier — auf juristische Formalismen berufen, müßten es auf das entscheidende verurteilen, wenn ein Richter seine Werturteile unter Zugrundelegung seiner politischen Anschauung fällt. Wir sprechen die Erwartung aus, daß im Falle Schön das letzte Wort gesprochen ist.

### Erlaß über das Tragen von Uniformen.

W.B. verbreitet folgenden Erlaß: In Ausführung des § 2 der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 wird bestimmt:

Die zum Tragen der Militäruniform berechtigten Angehörigen der bewaffneten Macht dürfen dieses Recht in folgenden Fällen ausüben: a) bei Kirchgängen an den hohen kirchlichen und gesellschaftlichen Feiertagen, b) bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Dienstjubiläen, c) bei Begebenheiten von Kameraden und Kameradschaftlichen Zusammenkünften der Reichswehrangehörigen, d) bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Ver-

### Schwarz-Rot-Gold.

Von Edwin Rudolph.

Der Parteitag hat sich freudig zu den Farben der Republik bekannt, ohne deshalb etwa das alte Rot der Freiheit hintanstellen zu wollen. Das Banner des heutigen Deutschen Reiches dient anderen Zwecken als Symbol als das 1871 gewählte Schwarz-Weiß-Rot. Darum ist es auch nicht die Farbe, sondern die damit repräsentierte Idee, die allen Nationalisten und Gewaltpolitikern verhaßt ist. In weiten Kreisen glaubte man, mit der Wahl der schwarzrotgoldenen Farben die beste Lösung gefunden zu haben, besonders da sich Fürsprecher genug fanden, die sie als die eigentlichen Farben des alten deutschen Kaiserreichs verteidigten. Ob aber diese Behauptung richtig ist, hat sich nicht mit Sicherheit feststellen lassen. Fest steht nur, daß das alte Reichsbanner bis zum Ausgang des Mittelalters aus einem einfarbigen schwarzen Adler im goldenen Felde bestand, was allenthalben schwarz und gold als Reichsfarben ergeben würde. Dagegen bestand die Reichsstaatsfahne, wie sie Kaiser Ludwig von Bayern 1336 dem Heere gab, aus einer roten Stange mit einem goldenen Fahmentuch und dem schwarzen Adler darauf.

Mit dem Aufsteigen der nationalen Einheitsbewegung kommen dann erst eigentlich die schwarzrotgoldenen Farben zur Geltung und werden fortan als Symbol des deutschen Nationalismus geführt. Als im Jahre 1815 die deutschen Burschenschaften gegründet wurden, jene Studentenvereinigungen, die sich besonders für die deutsche Einheitsbewegung einsetzte und heute sich schmählich gegen ihre eigene Vergangenheit wehrt, nahm sie ebenfalls das Schwarz-Rot-Gold als die Farben ihrer Verbindung an. Auf ihrer Gründungsversammlung bildeten dann Einheit, Freiheit, Recht die Argumente ihres entschiedenen Aufstretens, weshalb sie denn auch in den folgenden Jahren als verdächtig den argsten Verfolgungen ausgesetzt war. Im Jahre 1832 wurde Schwarz-Rot-Gold förmlich verboten. Nachdem dann aber 1843 durch Bundesbescheid das Schwarz-Rot-Gold als Symbol deutscher Einheit in dem Reichsadler angenommen und bei den Truppen als Abzeichen eingeführt war, wurde diese rigorose Bestimmung aus dem Jahre 1832 wieder aufgehoben. Die heute von den Nationalisten so gehehneten und geschmähten Farben waren damals schon als die offiziellen Reichsfarben anerkannt. Freilich, die bald darauf einsetzende Reaktion verlorste und verbot sie wieder. Schwarz-Rot-Gold war bei Bismarck nicht beliebt, und so wurde es denn auch trotz vielseitiger Fürsprache 1871 als Reichsfarbe nicht wieder angenommen. Wenigstens nicht als Fahne, aber im Reichswappen, dem Reichsadler, blieb das alte Schwarz-Rot-Gold erhalten.

Daß die alten Burschenschafter von 1815 aus anderem Holze geschnitten waren, lehren uns ihre Gefänge, die so ganz anders im Ozean klingen als ihre mehr als lächerlichen Proteste gegen das Banner der deutschen Republik. So heißt es in einem Burschenschafterslied aus dem Jahre 1816:

Was will das Vaterland?  
Despoten will es niederschlagen,  
Tyrannen aus den Grenzen jagen  
und frei die freien Söhne tragen.

In einem andern wird als Gottes Gebot erklärt: „Schlagt eure Blager toll! Rettet das Land!“ Als dann mit dem Jahre 1819 die Unterdrückung der Burschenschaften ausgesprochen wurde, hub ein großes Klagen an:

Das Band ist zerschnitten,  
war schwarz, rot und gold,  
und Gott hat es gestitten,  
wer weiß, was er gewollt.

Im Jahre 1848 bekannte dann derselbe Verfasser freudig: „Das Band, das uns einet, bleibt schwarz, rot und gold.“ Und schon vorher kamen die Farben im Liede zu Ehren in dem berühmten Aufruf von Georg Herwegh:

Schwarzer Tod ist unser Sold nur,  
unser Gold ein Abendgold nur,  
unser Rot ein blutend Herz.

Berühmter aber wurde noch das Lied Freiligraths vom „Schwarzrotgold“, das ihm das Banner der deutschen Republik war und dreifarbig noch jeden Gassenkriech besiegen muß:

Rulter ist schwarz,  
Blut ist rot,  
golden flackert die Flamme.

Als dann bei der Reichsgründung das Schwarz-Weiß-Rot gewählt wurde, ließ ein Dichter den Heinrich Heine aufstehen und bekennen:

Das ist nicht das alte Schwarzrotgold,  
das schwarz wie der Tod der Tyrannen,  
und rot wie Blut in der Faust sich entrollt,  
der goldnen Freiheit Mannen!

Jetzt sind mit der deutschen Republik auch die alten Farben Schwarz-Rot-Gold zu Ehren gekommen als ein deutliches Zeichen neuer Bestimmung. Sie sind uns Symbol, wie es eine Dichterin unserer Tage uns auftrifft:

Die Herzen weit der neuen Zeit,  
mit ihr durch Nacht und Kampf zum Licht.

„Tosca“ in der Staatsoper. Eine glanzvolle, mit Stimmung und Hitz paradierrische Aufführung von Puccinis „Tosca“. Immer noch erträglich, weil sie erregt, Affekte hochpeitscht und weil sie der an Trübsal, Weist und Klang reichen italienischen Partitur nur die wirkungsvolleren Einzelheiten liebevoll ablesen läßt. Eine mittlere Aufführung ist unerträglich und zeigt, wie überlebt das ganze veritische Geiste ist und wie recht der große Wagner behalten hat. Die Staatsoper ließ das Schelnhelme der Tosca durch einen übertrieben behenden Kritiker Bekkers in ihren Hesten verfallen und handelte danach. In Berlin gibt es zwei Frauen, die die Tosca singen und wahrnehmen können. Wenn es schon nötig war, das Werk neu einzustudieren, wo es in Charlottenburg eine liebevolle Stätte gefunden hat, so durfte man die einzige weibliche Rolle nicht Vera Schwarz anvertrauen. Diese Frau kann sehr viel; aber über ihren Schatten zu springen, muß gesunder Menschenverstand und Kraftbegrenzung ihr versagen. Schon ihr etwas rauhes Organ läßt jenen warmen Hauch vermissen, den die Teriza, die Salomina,

die Lobia mitbringen. Aber spielt sie ihre Rolle glaubhaft? Sie bleibt kultivierteste Soubrette, sie wird lebendig und bewegt, aber nicht Blut und Flamme, sie trotzt ihrer Klugheit viele guten Wirkungen ab, bleibt aber befangen in der Bewegung, in der Erotik, in Haß. Eine Kleinbürgerliche, sehr blonde Liebhaberin, keine menschgewordene Leidenschaft, keine Italienerin, keine Weltkame. Im letzten Akt wächst sie über sich hinaus und gibt elementare Ausbrüche des Leidens. Hutt als Cavaradossi hatte seine schönen Momente, setzte aber ohne Größe Stein an Stein und war in der Entfaltung der Stimme mehr als einmal gehemmt. Am schönsten sang Armje den Scarpia, bedacht und klar, allerdings ohne dämonische Schärfe. Das Decorative fiel angenehm erst im dritten Akt auf. Die Leitung des Ganzen mit starkem Interesse und italienischem Schwung.

Ein neues Naturforschungsgebiet. Das Reanderthal, das bei Weilmann im rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf liegt, war durch den Betrieb der Rheinisch-Westfälischen Kohlwerke bedroht, andererseits war die Waldverwüstung bereits bis zu seinen schönen Buchenbeständen vorgegedrungen. Nunmehr ist es zum Naturforschungsgebiet erklärt worden. Damit bleibt eine Siedle ganz unberührt Natur in deutschen Landen erhalten; es ist aber damit zugleich auch Gewähr gegeben, daß ein für die Erforschung der frühesten Menschheitsgeschichte überaus wichtiger Ort, die kleine Reanderthöhe bei Weilmann, bewahrt bleibt. Hier wurde im Jahre 1856 der berühmte „Reanderthobel“ gefunden, nach dem die vorgeschichtliche Rasse des Reanderthalmenchen benannt ist.

Die Volkshöhne „Norden“ hat am Montag ihr zweites Spieljahr begonnen, und dieser Anfang war glückverheißend. Das Scherenspiel des jungen Goethe, „Die Leume des Verliebten“, das eigentlich gar nicht mehr in unsere wogende und aufgeregte Zeit hineinpaßt, war mit vielem Takt und großer Innigkeit durchgearbeitet, so daß die Zwiegespräche niemals lähmend wirkten. Helens Konjewska gab eine robust-lebenswürdige Esge, während Raja Hari die Amine regend verkörperte. Hans Ströhm und Reg Valentin vom Deutschen Theater lösten ihre Aufgabe zur Zufriedenheit. Auf diese zarte Darbietung folgte dann Kleists Lustspiel „Der zerbrochene Krug“. Julius Hermann vom Lessingtheater gab einen famolen Dorfrichter, und der Schreiber von Franz V. Ehrich war eine Meisterleistung. Den Gerichtsrat gab Karl Echso mit vielem Anstand, während Frida Brock als Frau Kull eine sehr energiegelbe Anfängerin war, so daß man Echens (Raja Hari) Angst sehr wohl begreifen konnte. Die kleine Bühne im Norden Berlins verdient wegen ihrer künstlerisch ernsthaften Leistungen rege Beachtung.

Am Freitag-Museum spritz Donnerstags 1/8 Uhr Georg Richard Kruse über Franz Schubert und seinen Dichtersfreund Franz v. Schubert. Schuberliche Gesänge (Schleien) sich an.

Im Deutschen Opernhaus findet Donnerstag der zweite Ballonoffenabend statt. Der russische Gast singt in Puccinis Oper „Tosca“ den Scarpia.

Ein Denkmal für Valerina. In Valerina, seiner Vaterstadt, wurde ein Denkmal für den großen Musiker Giovanni Pierluigi da Palestrina feierlich enthüllt.



# Werbt zum jede Stimme für die Sozialdemokratische Partei (SPD.)

16. Oktober

eine, hinsichtlich derer der zuständige Wehrkreiscommandeur (Marineoffizier) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat. Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörige vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboten ist das Tragen von Bändern, Armbinden, Vereinsabzeichen u. dgl., deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Bekleidungsbestimmungen, die für im Dienst der Friedenskommissionen stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

Berlin, den 3. Oktober 1921.  
Der Reichskanzler, gen. Dr. Wirth.

## Ehrengerichtsverfahren gegen Broh.

Vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer in Berlin begann heute mittags das Verfahren gegen den aus zahlreichen Kommunistenprozessen bekannten Berliner Anwalt, Dr. Broh, dem die Anklage vorwirft, daß er in seinem Vädöner für die Angeklagten des ersten Weissenheimer Kommunistenprozesses im September 1920 die Würde des Anwaltsstandes verlehrt habe. In dem fraglichen Vädöner hatte der Verteidiger den Reichspräsidenten Ebert scharf angegriffen. Er hatte behauptet, daß der Reichspräsident bei den Dezemberunruhen im Jahre 1918 nicht, wie es später in der Öffentlichkeit geheißelt habe, dem damaligen Kriegsminister, General Scheuch, die notwendigen Maßnahmen gegen die Roten im Marzial überlassen habe, um den von den Kustrücker gefangengehaltenen Stadtkommandanten Kels zu befreien, sondern daß der damalige Volksbeauftragte Ebert dem General Scheuch den ausdrücklichen Auftrag erteilt habe, unter Einsetzung von Artillerie gegen Schloß und Marzial vorzugehen.

Zu der heutigen Verhandlung vor dem Ehrengericht, dessen Vorsitz der Geheime Justizrat Dr. Heine führt, und in dem Staatsanwalt Sturm die Anklage vertritt, hat Dr. Broh zu diesem Beweissthema den General Scheuch, die früheren Volksbeauftragten Dittmann und Emil Barth, den Vorsitzenden des früheren Zentralrates Adolf Cohen und den Schriftsteller Kriebeling, der nach der Revolution mit der Ueberwachung des Haupttelegraphenamts betraut war, als Zeugen geladen. Auch die Staatsanwaltschaft hat eine Reihe von Zeugen geladen.

## Presserverbot.

Braunschweig, 5. Oktober. Das braunschweigische Staatsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung die „Braunschweiger Nachrichten“ auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1920 auf die Dauer von einer Woche verboten, und zwar vom 5. Oktober bis zum 11. Oktober 1921 einschließlich. Die „Nachrichten“ haben die am 1. Oktober 1921 von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums Sepp Derter im Reichstag abgegebene Erklärung über das provozierende Auftreten von Angehörigen der hiesigen „Stahlhelm-Organisation“ und die hier beabsichtigte Herzt-Verlammlung zu einer maßlosen Heiße gegen den Minister Derter sowohl wie überhaupt gegen die Regierungsmassnahme zum Schutze der republikanischen Verfassung benutzt.

## In Abwesenheit verurteilt.

Wie, 5. Oktober. (WB.) Das Kriegsgericht hat gestern eine Reihe deutscher Offiziere und Soldaten in Abwesenheit verurteilt. Drei Offiziere wurden zum Tode verurteilt, nämlich der Major Hauptel (noch Haves Hertel), Kommandant von Cateau, weil er 1914 fünf Einwohner von Cateau ohne Urteil habe erschossen lassen, der Offizier Kamrath, der beschuldigt wurde, im Dezember 1914 den Lehrer Leon Cloi in Bauvin ermordet zu haben, der Leutnant Pfeiffer wegen angeblichen Totschlags, Mißhandlung und Einschüchterung des Dorfes Tamines in Belgien, wo 320 Einwohner auf seinen Befehl erschossen worden sein sollen. Weitere neun Offiziere und Mannschaften wurden zu Zuchthaus und anderen Strafen verurteilt, darunter die Soldaten Herz und Rasse zu lebenslänglicher Zwangsarbeit wegen angeblichen Totschlags und Mißhandlung, begangen im Wignehies und Hellennes, ferner wurden verurteilt Gendarmierleutnant Ganslawitz, Gendarm Hermann, Seger, Frikopp, Kaiser, Veterinär Ludwig und Leutnant Fischer.

## Die Frauen zum Parteitag.

Die Funktionärinnen Berlins nahmen am Montag, den 3. Oktober, in der Schulaula, Steinar, 32/34, zur Frauenkonferenz und zum Parteitag Stellung. Die Berichterstatterin, Genossin Bohm-Schuch kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, durch gewissenhaftes Abwägen der tatsächlichen Verhältnisse, die auch in den Frauen nachhallende Erregung über den Örtlicher Koalitionsbeschluss in sachliches Denken übergeleitet zu haben.

Vorher sie auf diese Tagesfrage einging, übermittelte sie den Funktionärinnen im einzelnen die Ergebnisse des Frauentages, der gewissermaßen eine Ergänzung der vorausgegangenen Wohlfahrtstagung gewesen sei.

Zur Frage der Koalitionspolitik wies die Referentin zunächst auf die Haltung der ausländischen Gäste hin. Es sei auffällig gewesen, daß diese in ihren Begrüßungsansprachen auf eine Verbreitung der deutschen Regierung anspielten. Das müsse zu denken geben und könne als Maßstab gelten für den Eindruck, den unsere politischen Verhältnisse im Ausland machen. Die Erregung der Berliner Parteigenossenschaft sei auf die Möglichkeit der Örtlicher Beschlüsse mehr zurückzuführen als auf den Beschlus selbst. Es hätte aber Klarheit darüber geschaffen werden müssen, ob wir außerhalb der Regierung eine so starke Opposition in der Politik machen könnten, daß tatsächliche Erfolge damit zu erzielen seien, oder ob es nicht notwendiger sei, auch in einer nach rechts erweiterten Koalitionsregierung dafür zu arbeiten, daß die Reaktion aufgehalten werde. Es sei nicht jeder Genossin und jedes Genossen, genau zu überlegen, wo die größeren Nachteile und wo die größeren Vorteile seien. Die letzte Ursache des Örtlicher Beschlusses sei der Ausfall der Wahlen vom 6. Juni 1920. Wären die Unabhängigen nach den Wahlwahlen in die Regierung mit Dammstrahlen und Zentrum hineingekommen, dann hätte die ganze unheilvolle Politik inzwischen nicht betrieben werden können. Sie handelten aus agitatorischen Gründen anders. Man müsse die Unabhängigen darauf hinweisen, daß sie im Mai anfänglich des anderen Ultimatums Gelegenheit gehabt hätten, den Fehler vom Juni wieder auszumachen. Immer, wenn es auf Geheiß und Verord geht, lasse man uns allein. Der Örtlicher Beschlus sei nun so ausgewertet, daß man mit den Unabhängigen in Verbindung getreten sei. Wenn sich die Unabhängigen auf den Boden einer vernünftigen Tatsachen-Politik stellen, dann könne man den kommenden schweren Monaten mit größerer Ruhe entgegensehen. Ohne die Unabhängigen in der Regierung sei die von uns gewünschte Steuerpolitik nicht durchzuführen.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde durchweg der Standpunkt vertreten, daß bei der Koalitionsfrage der Grundsat zu sein muß: Können wir in der Opposition nicht Fortschritt des Fortschritts sein, müssen wir versuchen, Hemmschuh des Rückschritts in der Regierung zu sein.

## Groß-Berlin Die Mietzuschlags-Klausel.

Während einige Großberliner Mietseingangsämter die von den Hauswirten in die kurzfristigen Mietverträge hineingefingerte Forderung, daß angeordnete Mietzuschläge sofort nach der behördlichen Festsetzung zu zahlen seien, für rechtsgültig erklärt haben, sind einige Mietseingangsämter der Auffassung, daß sie über einen einmal geschlossenen Vertrag nicht hinweg können.

Das bedeutet also praktisch, daß diejenigen Mieter, die die Vertragsklausel übersehen und sie unterschrieben haben, während des ersten halbjährigen Vertragslaufes mehr Zuschlag zahlen mußten als andere Mieter ohne die Klausel. Wie bekommt man nun die gefährliche Klausel die ja auch bei jedem nächsten neuen Mietzuschlag erneut in Wirksamkeit tritt, aus seinem Vertrag heraus? Den Vertrag formell zu kündigen und einen neuen Vertrag ohne die Klausel zu verlangen, ist eine sehr gewagte Sache. Die Hauswirte werden dann nicht zögern, die vom Mieter gekündigte Wohnung zu ihrem Vorteil schnellstens anderweitig zu vermieten. Die Mietseingangsämter haben zwar Vereinbarungen über den Wegfall der Klausel empfohlen, aber fast alle Hauswirte weigern sich bis jetzt ertlicherweise, solche Vereinbarungen zu treffen. Ueberall ist der am 1. Oktober abgelaufene Mietvertrag ohne Kündigung von einer Seite stillschweigend um ein halbes Jahr verlängert worden, womit auch die Wirksamkeit der Klausel verlängert wurde. Das Wohlfahrtsministerium und die nachgeordneten Oberbehörden sind bekanntlich bisher nicht zu bewegen gewesen, eine unzulässige Definition über die Klausel zu geben.

Den Klauselstrich aus der Welt zu schaffen, gibt es aber eine sehr einfache Möglichkeit. Man setze neue Mietzuschläge, die ja sicher zu erwarten sind, stets nur kurz vor dem 1. April und vor dem 1. Oktober fest. Damit fällt die noch in Tausenden von Verträgen festgelegte underechtigete Mehrforderung der Hauswirte ohne weiteres ins Wasser.

## Spurlos verschwunden.

Aus den Geheimnissen eines Mädchenhändlers.

Das geheimnisvolle Verschwinden zweier Mädchen, das schon Jahre zurückliegt, beschäftigt jetzt von neuem die Kriminalpolizei, und scheint der Klärung nahe zu sein.

Im Jahre 1911 verschwand ein Dienstmädchen namens Klätte, nachdem es seine Ersparnisse von 3000 M. abgehoben hatte. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib blieben erfolglos, und es ist auch bis heute noch nicht ermittelt. Die Kriminalpolizei stellte damals fest, daß die Vermißte in Begleitung gestanden hatte zu einem Manne, der sich ihr unter falschem Namen genähert hatte und als ein jetzt 50 Jahre alter, aus Petersburg gebürtiger Bäcker und Kaufmann Hermann Odehki erkannt wurde. Dieser, ein oft auch mit Zuchthaus, vorbestrafter Mensch, geriet in den Verdacht, das Mädchen beseitigt zu haben, mußte aber wieder entlassen werden, weil ihm nichts nachzuweisen war. Dieser Odehki beschäftigte im Zusammenhang mit dem Verschwinden eines anderen Mädchens im Jahre 1917 wieder die Kriminalpolizei. Am 15. August 1916 meldete sich ein damals 43 Jahre altes, aus Guben gebürtiges Dienstmädchen Anna Lummer, nicht aus der Postadressliste, 31 zu Charlottenburg nach Frankfurt a. M. D. ab, traf aber dort nicht ein und wurde vergeblich überall gesucht. Die Ermittlungen ergeben, daß diese Vermißte am 9. September 1916 ihre Wertpapiere bei der Deutschen Bank verkauft hatte, und daß ihr Gesamthaben von 6857 M. am 18. September abgehoben worden war, aber nicht von ihr selbst, sondern von einem Manne, der ihren Namen gefälscht hatte. Die Kriminalpolizei fahndete seitdem auf Odehki, fand aber keine Spur von ihm, bis es gestern endlich gelang, ihn in der Oranienburger Straße zu ermitteln und festzunehmen. Hier hatte er unter falschem Namen ein großes Heiratsbureau aufgemacht. Er steht im dringenden Verdacht, unter Vorspiegelungen die Mädchen Klätte und Lummer nicht und wahrscheinlich auch noch andere, verschleppt und vielleicht beseitigt oder wider ihren Willen verheiratet zu haben. Odehki leugnet bisher, Anna Lummer nicht überhaupt gekannt zu haben, muß aber zugeben, daß er damals bei ihrer Schwester den Steuerbeamten gespielt hat. Daß er sie auch gekannt hat, ist ihm aber bereits nachgewiesen.

## Religionsunterricht „hintenrum“.

Schulkindern muß auf Antrag der Eltern die Befreiung vom Religionsunterricht genährt werden. Aber durch die Hintertür des Gesangunterrichts schleicht sich immer wieder noch ein Stück Religionsunterricht ein. Die kirchlichen Lieder werden ja in der Gesangstunde eingeübt, an der auch die vom Religionsunterricht befreiten Kinder teilnehmen. Gewiß, diese Kinder sind dann auch von der Pflicht befreit, die kirchlichen Lieder mitzusingen. Doch für den Gesangslehrer, der da manchmal gerade seine besten Sänger einblüht, ist das keine Freude. Aus der Berliner 42. Knaben-Gemeinschaft (Driesener Straße) berichtet uns eine Mutter, daß der Lehrer ihres Jungen das ganze Jahr hindurch Lieder habe singen lassen wie „So nimm denn meine Hände“, „Sing, bei und geh auf Gottes Wegen“, „Bis hierher hat mich Gott gebracht“. Wenn die vom Religionsunterricht befreiten Kinder dabei schwiegen und die Sache dann nicht kappte, schimpfte er manchmal über „diese Gottlosen“. Einmal redete er sich in rechten Grimm hinein und fügte während hinzu, deshalb sei ja auch Deutschland zugrunde gegangen, darum habe uns der Feind auch unsere Flugzeuge genommen und darum seien jetzt die Polacken in Oberschlesien so frech. Und das alles, weiß die Menschen gottlos sind und ihre Kinder nicht mit Bibelprüchen und Kirchenliedern sättigen lassen! Dieser Lehrer, er heißt Lange, scheint ja ein wunderlicher Herr zu sein. Bei einer anderen Gelegenheit witterte er, seinetwegen könnten die Gottlosen in eine weitab liegende Schule gebracht werden, und wenn sie bis zum Potsdamer Platz laufen müßten. Wir empfehlen den Eltern, sich durch solche Redereien nicht schrecken zu lassen. In der Gegend der Driesener Straße, im äußeren Teil der Schönhauser Vorstadt, werden die Aufseherinnen, die ihre Kinder dem Religionsunterricht fernhalten, doch wohl nicht so spärlich sein. Im übrigen möge jeder Vater und jede Mutter, soweit sie nicht mehr zur Kirche halten, in eifriger Agitation darauf hinarbeiten, daß recht viele Eltern ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden. Je größer die Zahl solcher Kinder wird, desto mehr muß auch der Widerstrebende auf sie Rücksicht nehmen. Sorgt dafür, daß die im Religionsunterricht bleibenden Kinder zur Minderheit werden. Ihr merdet sehen, wie rasch dann Herr Lange und seinesgleichen sich's abgewöhnen, auf die Gottlosen zu sichten. Leute wie Herrn Lange sollte sich aber auch die Schulbehörde einmal vornehmen, um ihnen gehörig Bescheid zu sagen.

## Tabakmesse in der „Neuen Welt“.

Die beiden großen Säle der Neuen Welt in der Hafenside, die schon den verschiedenartigsten Veranstaltungen Raum geboten haben, sind jetzt mit dem duftenden Stimulationsmittel der Gegenwart, den

Erzeugnissen der Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabrikation angefüllt. Es findet dort bis zum 7. d. M. die „Erste große Berliner Tabakmesse“, veranstaltet vom Verein aller Tabakinteressenten, statt, die einen kleinen Abriss der Leipziger Messe für das Tabakpezalgebiet geben soll. In zum Teil künstlerisch vollendeten Aufbauten, wobei die Zigarettenfabriken die orientalischen Motive bevorzugen, ist alles ausgeschmückt, was zu dem Tabak in jeder Form in irgendeiner Beziehung steht. Es fehlt nicht die zwei Pfund schwere Riesenzigarre wie die winzige, federleichte Zigarette, die dem Raucher in wenigen Sekunden als leichtes Wälzchen in die Walfen entschwebt. Da das Tabakgewerbe zurzeit unter der außerordentlich hohen Besteuerung sehr zu kämpfen hat (auf 40 Pf., die man im Baden für eine Zigarette bezahlt, entfallen allein 21,8 Pf. auf Steuern), ist die Ausstellung in diesem Augenblick ein Beweis großer Wirtschaftsenergie, was von den Rednern bei der gestrigen Eröffnung, der auch u. a. Oberbürgermeister Boeh bewohnte, besonders anerkannt wurde.

## Gefahr für die Elternbeiräte.

Von den Abgeordneten Bahke (Soz.), Wegscheider und Genossen wurde im Landtage folgende kleine Anfrage eingebracht: Die nach dem Erlass des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom November 1919 ins Leben gerufenen Elternbeiräte sind nur für die Zeit von zwei Jahren gewählt. Was hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bis jetzt getan, um auf Grund der gesammelten Erfahrungen die Institution weiter auszubauen? Beruhen insbesondere die Berichte auf Wahrheit, daß an Stelle der Elternbeiräte ein Schulbeirat unter Hinzuziehung von Lehrern und Geistlichen geplant ist?

## Deutschnationaler Nachwuchs.

Ein Parteigenosse schildert uns ein Erlebnis, das er am letzten Sonntag morgens auf der Borortstrecke zwischen Berlin-Potsdamer Bahnhof und Lichterfelde-Witz hatte. Weil er dem Gedränge in der dritten Klasse entgehen wollte, fuhr er in der zweiten Klasse. In Säbende, erzählt er uns, bestieg eine Kotte deutschnationaler Jünglinge mit Damen, von einem Vergnügen kommend, das Nebenabteil. Bald erklang im Chor: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“. Da wir diese öffentliche Proskation, denn als solche konnten wir das nur auffassen, nicht ruhig hinnehmen wollten, stimmten wir an: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit admet!“ Das löste den Zorn der deutschnationalen Flegel aus, und es setzte wüste Schimpfereien. Auch wurde das Lied von der Schwiegermama gesungen, wovon folgende Stellen nur ungefähr im Gedächtnis blieben: „Schmied die Guillotine mit dem Judenstet. Und wer hat Schuld daran? Ja, das ist die verfluchte Judenrepublik. Wir brauchen keine Judenrepublik — usw.“ Als wir in nicht mißzuverstehenden Zwischenrufen unseren Abscheu vor solchem Benehmen ausdrückten, riefen einige, besonders eine Dame: „Halt mal die Waffen raus!“ Einer der Jünglinge kam dieser Aufforderung auch nach und brachte einen etwa 30 Zentimeter langen Knüttel hervor; es war wohl der „berühmte“ Knüttel. Wozu man so etwas auf einem Ball braucht, ist allerdings nicht recht verständlich. Eine der Damen rief: „Ah, wenn mir doch ein Jude unter die Finger käme, den würde ich nicht lebend laufen lassen!“ Solche und ähnliche Ausdrücke fielen noch mehr.

Diese Anekdote und Unsitlichkeiten sind echt deutschnational. Wie poht aber das Lied über die „Judenrepublik“ zu der Verherrlichung des Deutschnationalen Herzt, daß seine Vereingenossten die Republik und ihre Einrichtungen nicht verächtlich machen? In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde einem Kommunisten vorgehalten, nach der Arbeitslosenversicherung am Rathaus habe er, mit seinen Genossen aus einer Kandidatenkommune, gerufen: „Wenn mir der rothaarige Polizeileutnant unter die Finger gekommen wäre, hätte ich ihn fast gemacht!“ Man sieht, daß die deutschnationalen „Damen“ sich von dem kommunistischen Stadtverordneten in „Radikalismus“ nicht über treffen läßt — wie ja überhaupt Kommunisten und Deutschnationalen in mehr als einer Beziehung zusammengehören.

Die Demokraten gegen die „Los-von-Berlin-Bewegung“. Der lebhaften Agitation der Deutschnationalen für die „Los-von-Berlin-Bewegung“ wird jetzt in den westlichen Vororten auch von den Demokraten sehr entschieden entgegengetreten. So fand gestern in Zehlendorf eine demokratische Versammlung statt, in der es als eine Unmöglichkeit bezeichnet wurde, das Gesetz über Groß-Berlin wieder aufzuheben, wenn es auch Mängel aufweise, die beseitigt werden müßten. Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit Berlins und der Vororte lasse sich nicht leugnen und ihre abermalige künstliche Trennung würde schwere Nachteile im Gefolge haben.

Das Jahreshinsammeln der Kinder wird die Stadtverordnetenversammlung auf Grund eines Dringlichkeitsantrages der Kommunistischen Fraktion beschließen. Das Sammeln der Straßenbahnschulheime mit der Reklame einer Schuhwischfabrik wächelt sich an den Haltestellen nachgerade zu einer Landplage aus. In jeder Haltestelle der Straßenbahn in ganz Groß-Berlin umringen die Kinder, die jetzt während der Ferien den ganzen Tag diesen neuen „Sport“ ausüben, die aussteigenden Fahrgäste und betören um Fahrtscheine. Das Bezirksamt Steglitz hat der Straßenbahnverwaltung das dringende Eruchen unterbreitet, diese Reklameschulheime nicht wieder zuzulassen.

Für die Koalitionsfeier bringt das Oktoberheft der „Arbeiterbildung“ reiches Material, insbesondere eine Vertragsdisposition von Friedrich Stampfer, waneben eine Reihe von Programmvor schlägen und Anregungen zur Ausgestaltung der Feier sowohl für einfache wie großstädtische Verhältnisse. Das Heft kann außerhalb des Abonnements auch einzeln bezogen werden gegen Vereinsendung des Betrages von 2,85 M. (einschließlich Porto) durch den Zentralbildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (H. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Für 30 000 Mark Oberwunden wurden im Gehalt von Max Seemann, Ringelberrn Straße 2, in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober geklaben. Für die Wiederbeschaffung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Beim Herbstfest des Reichverbandes der Deutschen Presse am Sonntag, den 8. Oktober, findet auch ein großes Kabarett statt. In dem vor allem Frau Ella Turlew mitwirken wird. Frau Balkow bringt das Rechte ihrer Kunst, sie wird sich dem Publikum als „Berliner Zeitungswirtin“ präsentieren. Ferner hat Maxim Brodskauer den lustigen Film „die liebste Großmacht“ oder „Redaktion und Wälzläufer“ geschrieben, dessen Hauptrollen in den Händen von Pola Pollett, Paul Köllhoff, Hermann Wida und Gerbert Baumüller liegen. Der Festausgang bietet Winterstücken bei den Theaterfesten des Anpaulenbark, des Barenhauses u. Berthelms und bei Vole u. Dos entnehmen zu wollen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und übermäßig heiter, nachts sehr kühl, in den Mittagsstunden mit bei mäßigen östlichen und südöstlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

3. Kreis (Gesundbrunnen). Heute 7½ Uhr öffentliche Wählerversammlung in der Schulaula Watzstraße 16. Stadtrat Genosse Franz spricht über: „Der Kampf gegen die Reaktion im Roten Hause“.



# Gewerkschaftsbewegung

## Das Koalitionsrecht im besetzten Gebiet.

Der Vorsitzende des Verbandes der Maschinisten und Heizer in Hochemmerich wurde mit folgendem Schreiben beglückt:

Der Bürgermeister.  
Hochemmerich, den 24. 9. 21.  
Auf Anordnung der Befehlungsbehörde werden Sie hiermit aufgefordert, binnen 3 Tagen der hiesigen Polizeiverwaltung ein Verzeichnis der gesamten Vorstandsmitglieder einzureichen. Das Verzeichnis muß enthalten: Name und Vorname, Stand, Straße und Hausnummer, Geburtsdatum und Ort, Name und Bortname des Vaters, Name und Bortname und Geburtsname der Mutter. Die Namensangabe der Eltern ist auch dann erforderlich, wenn letztere bereits verstorben sind.

In Vertretung: Der Beigeordnete, gez. Dr. Weinstock.  
Beglaubigt: gez. Zimmermann, Gemeindefreier.

Diese Aufforderung erinnert uns an die gute alte preußisch-deutsche Polizeipraxis unter dem früheren Vereins- und Verbandsrecht. Die Befehlungsbehörde scheint unter alten Aktenstücken ein Formular zu dieser Aufforderung gefunden zu haben und durch dessen neuerliche Benützung den deutschen Michel an die „herrlichen Zeiten“ unter Wilhelm dem „Ferdinand“ erinnern zu wollen. Ein schlechter Scherz! Doch wenn diese längst ungelegte „Aufforderung“ als eine Amtshandlung der Befehlungsbehörde aufzufassen ist, könnte sie als Beweis dafür dienen, wie sehr sich diese Behörde langweilt oder wie viele überflüssige Schreibkräfte sie beschäftigen muß, um auf derartige Dinge zu verfallen. Das ist übrigens nicht der erste Fall, in dem eine solche Aufforderung ergeht. Unsere Gewerkschaftsmitglieder können sich auch im besetzten Gebiet, das ja bis jetzt immer noch zur Deutschen Republik gehört, ihr Koalitionsrecht nicht derart verderben lassen. Sie können freilich weiter nichts tun, als solche „Aufforderungen“ als nicht gehoben zu behandeln, sie unbeachtet zu lassen. Sie sind zwar deswegen in Hochemmerich schon einmal vor das Kriegsgesetz gekommen, dort aber freigesprochen worden.

Ob die Befehlungsbehörde gut daran tut und dazu beauftragt sind, unter der deutschen Bevölkerung in solcher Weise gegen die von ihnen vertretenen Länder Stimmung zu machen, sei dahingelassen. Tatsache ist aber, daß solche Methoden durchaus ungeeignet sind, die Idee der Wählerverführung und Wählerverbrüderung zu fördern.

Kurzum, wir sind der Meinung, die Befehlungsbehörden sollten sich zu schade dafür halten, derart über Polizeipraktiken nachzugehen. Das ist zwecklos und auf alle Fälle verkehrt.

## Zum Streik im Gastwirtsgerwebe.

Was sich die bürgerliche Presse, voran Illesteins „B. Z. am Mittag“, an sensationellen Latenzenrichten zumungunsten der teils ausgesperrten, teils im Ausstand stehenden gewerkschaftlichen Angehörigen leistet, stellt geradezu einen Rekord dar und beweist schlagend, was man von der „unparteiischen“ Berichterstattung dieser Presse zu halten hat. Die „B. Z.“ macht zum Beispiel ihre Leser damit glauben, daß Berlin vollständig ohne Gaststätten sein werde, obwohl jedes Kind sieht, daß man in unzähligen, und zwar auch in sehr respektablen Gaststätten schmausen und trinken kann, wenn man nur das Geld dazu hat. Dasselbe Blatt besetzt die Seiten, auf die sogenannten „Skandalösen im Weinrestaurant Hiller“ zurückzukommen, obwohl einwandfrei festgestellt ist, daß in dieses Restaurant Streikende überhaupt nicht eingedrungen sind und daher weder Mitglieder ausländischer Missionen noch sonstige Gäste betätigen konnten. Die ganze Auseinandersetzung zwischen Streikenden und Streikbrechern (man kann hier ruhig „Trinkgeldhägern“ sagen) hat sich lediglich auf dem Hofe des Grundstücks abgespielt. Doch dabei ein besonders großmühtiger Streikbrecher eine Abweidung erhielt, wird man schwerlich als besonders aufregend betrachten können. In der Barenischen Bierstube am Weidenbamm sind am Sonntag abend allerdings Scheiben eingeschlagen worden, aber doch nur, weil der Gastwirt höchst überflüssigerweise ein paar Wasserkrüge in seinem Lokal postiert hatte, die den Vertreter der Organisation gleich bei seinem Eintritt in dratistischer Weise zurichten. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Fällen, was die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen erweisen werden. Die Behörden dürften sich deshalb aus ihrer Kaserne nicht herausbringen lassen. Gestern wurde die Schupo sogar von den Betriebsräten derjenigen Unternehmungen, welche die Forderungen des Kartells bewilligt hatten, um den Schutz einer Verammlung ersucht, in der Wohnorten gegen den Terror der — — — Unternehmungen beraten werden sollten. Denn diese haben ebenfalls ihre Stütztruppen, die den Weiterbetrieb der offenen Geschäfte in der bedenklichsten Weise zu verhindern suchen.

Der Schlichtungsausschuß hat durch einen Schiedsspruch den Verständigungsweg gezeigt und die Arbeitnehmer haben ihn beschritten. Die Arbeitgeber dagegen lehnen jedes Entgegenkommen ab und verlangen bedingungslos Unterwerfung.

Amlich wird hierzu berichtet: Der Polizeipräsident empfing gestern vormittag die Vertreter der Angestelltenverbände, die versicherten, die Polizei in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jeder Weise unterstützen zu wollen. Eine weitere Besprechung soll heute um 12 Uhr im Polizeipräsidium stattfinden, zu der die Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Technischen Röhre herangezogen werden. Schon jetzt haben die Arbeitnehmer erklärt, Koalitionsarbeiten selbst vorzunehmen.

## Einigung im Streik der Bretterträger.

Die streikenden Bretterträger, Kojarbeiter und Kutscher auf den Bau- und Ruhholzpätzen tagen am Dienstag abend, um das Resultat der neuen Verhandlungen entgegenzunehmen und über Abbruch oder Fortsetzung des Streiks zu beschließen. Niebe berichtete, daß die Tarifkommission heute mit den Arbeitgebern vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt habe. Als der Spruch gefällt werden sollte, sei von den Vertretern der Arbeitgeber beantragt worden, diesen vorläufig als einen Vergleichsvorschlag bekanntzugeben. Dieser Vergleichsvorschlag sei jedoch von der Tarifkommission abgelehnt worden.

Hierauf habe eine Einigungsverhandlung mit den Arbeitgebern stattgefunden, in der sich diese bereit erklärten, auf folgende Bedingungen einzugehen.

Löhne für Oktober 1,50 M., für November 1,75 M. und für Dezember 2 M. pro Stunde. Maschinenarbeiter eine diesen Löhnen entsprechende prozentuale Erhöhung. Auf Akkordlöhne 30 Prozent Aufschlag. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Kutscher erhalten einschließlich Pferdepflege 350 M. Für die Streiktage erhält jeder Arbeiter 100 M., die Kutscher erhalten vollen Wochenlohn. Der Tarif gilt bis zum 31. Dezember. Binnen zwei Wochen soll eine Revision des Manteltarifs stattfinden.

## Forderungen der Bauhändler.

Eine Erhöhung der Feuerungszulagen um 2 M. pro Stunde bitten die Bauhändler gemäß dem Beschlusse einer Branchensammlung gefordert. Die Zahlung sollte ab 1. Oktober erfolgen. Bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband erklärten die Arbeitgeber, sie könnten darauf nicht eingehen. Nach einer Beratung erklärten sie sich bereit, eine Zulage von 10 Proz. zu den Löhnen und Feuerungszulagen zu zahlen. Da im günstigsten Falle dieser Betrag nur eine Zulage von 70 Pf. pro Stunde bedeutet, lehnte der Branchenleiter es ab, seinen Kollegen die Annahme einer derartig geringfügigen Zulage zu empfehlen. Die Vertrauensmännerkonferenz stellte sich auf denselben Standpunkt und war der Meinung, daß eine prozentuale Zulage, wenn sie überhaupt in Frage käme, mindestens 20 Proz. betragen müßte. Am Montag hatte sich nun eine sehr gut besuchte Branchenversammlung der Bauhändler, die in der Schulaula in der Weinmeisterstraße stattfand, mit der Angelegenheit zu befassen. Dem Bericht von den Verhandlungen, den der Branchenleiter Krüger erstattete, folgte eine lebhafteste Diskussion. Der Vermittlungsvorschlag, 20 Proz. zu fordern, wurde heftig bekämpft. Die Versammlung lehnte einstimmig das Angebot der Arbeitgeber ab und beschloß, an der alten Forderung einer Zulage von 2 M. pro Stunde festzuhalten. Auf Grund dieser Forderung soll noch einmal mit den Arbeitgebern verhandelt werden.

## Buchdruckerstreik in Hamburg.

In Hamburg-Altona streiken über 2000 Buchdrucker und 1500 Hilfsarbeiter. Auch die Buchbinder haben sich bereits in großer Zahl den Streikenden angeschlossen. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Druckorte Norddeutschlands werden ersucht, ein scharfes Augenmerk darauf zu richten, daß keinerlei Arbeiten für Hamburg-Altona hergestellt werden. Auch Zeitungen dürfen nicht in größerer Zahl als bisher nach Hamburg und Umgebung expediert werden. Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Achtung, Zimmerer Groß-Berlins! Auf Grund der diesen Anträgen veröffentlichten wir hier das letzte Lohnabkommen mit der Bitte, daß sich unsere Mitglieder diese Verhältnisse aufheben.

Rachtrag. Zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin E. V. und dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgebung, ist folgender Rachtrag zu dem Bezirksarbeitsvertrage vom 20. Juli 1920 vereinbart worden:

1. Der § 4, Ziffer 1, erhält folgende Fassung: Der Stundenlohn beträgt für Zimmerer vom 23. September 1921 ab 9,30 Mk. Die im § 4, Ziffer 6, festgesetzte Werkzeugschädigung beträgt 15 Pf. pro Stunde. Die übrigen Bestimmungen dieses Paragraphen bleiben unverändert.

2. Durch vorstehende Lohnvereinbarung kommen alle Zulagen und Vergünstigungen in Fortfall, die außerhalb des Tarifvertrages und ohne Genehmigung der Schlichtungskommission bisher gewährt worden sind, soweit der Wochenbeitrag dieser Zulagen den Betrag von 70,50 M. nicht übersteigt. In den Fällen, in denen der Wochenbeitrag der Zulagen größer ist als der Wochenbeitrag der Lohnerhöhung, soll in Zukunft nur der 70,50 M. übersteigende Betrag vergütet werden.

Berlin, den 23. September 1921.

Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin E. V.  
Der Vorstand: gez. Otto Heuer, Vorsitzender.  
Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin u. Umg.  
Der Vorstand: gez. W. Kopschläger, 1. Vorsitzender.

Ferner ersuchen wir hierdurch dringend alle Vertrauensleute, die Urteilslisten über alle diejenigen Kameraden, welche bis zum 30. September 1921 40 Wochen bei einer Firma beschäftigt sind, dem Vorstand sofort einzureichen.

Die Verhandlungen im Töpfergewerbe sind beendet. Die beteiligten Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter haben den Abmachungen zugestimmt. Für die Innungsbezirke Berlin, Spandau, Köpenick und Steglitz-Zehlendorf wird ein Mindeststundenlohn von 10 M. gezahlt; der Feuerungszuschlag bei Akkordarbeiten beträgt 750 Proz. für die Innungsbezirke Potsdam, Mit-Landsberg und Köpenick werden 8-Proz. weniger gezahlt; in diesen Bezirken ist der Stundenlohn nur 9,20 M. und die Feuerungszulage bei Akkordarbeiten 690 Proz. Bei schwer zu verarbeitendem Schmelzschmelzmaterial kann durch die Schlichtungskommission der Preis der halben Rachel erhöht resp. es kann in Lohn gearbeitet werden; in diesen Fällen muß zur Entscheidung das Verbandsbureau benachrichtigt werden. Jeder Kollege ist nach den gesetzlichen Verfügungen verpflichtet, von jetzt ab nur bei verglasten Fenstern zu arbeiten. Zweidrehungen ziehen den Ausschluß aus den Organisationen nach sich. — Die Ableitung des Verbandes.

Zum Streik der Böttcher ist zu berichten, daß von insgesamt 80 Betrieben bereits 26 die Forderungen anerkannt haben. Der Rest der im Auslande befindlichen Kollegen wird hiermit für heute nachmittags 2 Uhr im Gewerkschaftshaus zur Streikversammlung eingeladen.

Die Arbeitgeber der Chemiegemeinschaft lehnten es ab, über die Forderungen der kaufmännischen Angestellten zu verhandeln. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hatte daraufhin gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918, § 21, für gestern nachmittags einen Termin von Amis wegen anderaumt. Die Arbeitgeber erklärten, nicht kommen zu wollen! Durch das kurzfristige Verhalten der Unternehmer dieser Branche wird den kaufmännischen Angestellten der Streik als die letzte Waffe aufgezwungen.

Zentralverband d. Angestellten, Jahntuppenversammlung Donnerstag 7½ Uhr im Rosenhalden Hof, Rosenhalden Straße 11/12.

# Wirtschaft

## Die Verbindung von Stadt und Land.

In einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung wurde die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen auf Grundlage der freien Wirtschaft behandelt. Während der Kriegswirtschaft war bereits die Lösung der Frage der unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen, insbesondere zum Zwecke der Ausschaltung aller unnötigen Zwischenglieder sowie des unredlichen Handels, dringlich gefordert worden. Es wurde damals, um die Zwangswirtschaft erträglicher zu machen, die Bildung genossenschaftlicher Zwangsorganisationen verlangt. Doch stieß diese Forderung in allen genossenschaftlichen Kreisen auf stärksten Widerspruch. Es konnten nur von der gegenseitigen Verständigung zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen Erfolge erwartet werden. Dieser Weg ist bereits mit Erfolg von den großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften beschritten worden, obwohl während des Abbaues der Zwangswirtschaft manche Hindernisse den vielseitigen Besuchen, durch unmittelbare Geschäftsverträge den Weg vom Erzeugern zum Verbraucher abzukürzen, entgegenstanden.

Die Sachverständigen aus landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaftlichen Kreisen erstatteten eingehend Bericht über die seither auf diesem Gebiete erzielten Erfolge und über die bereits erwähnten Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die Vorbedingungen dazu gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands größte Ergebnisse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erfordert, günstiger als je sind. Dies treffe insbesondere für den Verkehr mit Kartoffeln und ferner auch für den Verkehr mit Milch, Milch und Milchprodukten zu. Um praktische Erfolge zu erzielen, müsse die Frage der Verkürzung des Weges vom Erzeugern zum Verbraucher beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Hauptsache innerhalb der einzelnen Bezirke, Provinzen und Landesteile gelöst werden. Hierzu hätten sich die dort bestehenden Verbraucherorganisationen aller Art mit den Erzeugerorganisationen in Verbindung zu setzen, um eine möglichst rasche Geschäftsabwicklung, insbesondere beim Verkehr mit leichtverderblichen Waren, zu ermöglichen. Ferner müßte innerhalb größerer Bezirke unter diesen Organisationen oder deren Spitzenorganisationen bei manchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, so bei Kartoffeln und Milch, ein Austausch geschaffen werden, da in den einzelnen Bezirken und Provinzen die dort benötigten Waren zum Teil nicht in genügender Menge vorhanden wären. Ur die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen zu fördern, wollen die Vertreter der Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften erneut in diesem Sinne auf ihre Unterorganisationen einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

Zunahme der Steinkohleförderung im September. Nach dem Bericht des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe betrug die Steinkohleförderung im Ruhrrevier in der Zeit vom 1. bis 23. September nach den vorläufigen Zahlen 5 872 232 Tonnen, bei 20 Arbeitstagen arbeitstäglich 293 612 gegen 292 750 Tonnen im Vormonat. Die oberschlesische Steinkohleförderung wies eine erhebliche Steigerung auf. Sie stellte sich in der Zeit vom 1. bis 20. September auf arbeitstäglich rund 96 000 Tonnen gegenüber 80 000 Tonnen im gleichen Zeitraum des August.

Verdoppelung der Zölle. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Goldaufgeld auf die Zölle wird von bisher 900 mit Wirkung vom 20. Oktober 1921 auf 1900 erhöht. Die Zölle werden dadurch verdoppelt.

## Aus aller Welt.

Wegen Landesverrat verurteilt wurde der Zementeur Ludwig Heif aus Neustadt a. d. H., zuletzt in München, der mit Agenten des ausländischen Nachrichtendienstes in Mainz Beziehungen angeknüpft hatte, zu fünf Jahren Gefängnis.

Falsche 50-Mark-Scheine in Bayern. Vor einigen Tagen wurde in Holzkirchen ein 17 Jahre alter Fachschüler und seine in München wohnhafte Mutter, eine Damenreise, festgenommen, weil sie in Holzkirchen falsche 50-Mark-Scheine in den Verkehr bringen wollten. Die Scheine stammen von den bereits im November 1920 in München verhafteten und im Mai 1921 verurteilten Falschmünzern Mayer und Genossen und sind von diesen in die Wohnung der Damenreise, bei der einer der Falschmünzer ein Zimmer gemietet hatte, gebracht worden. Die Verhafteten gestehen, daß sie derartige falsche Scheine bereits in Holzkirchen, Dorfen, Schwanen und Kirchseeon ausgegeben haben. Seit der Festnahme der eigentlichen Falschmünzer sind bei der Münchener Polizei für rund 140 000 M. falsche 50-Mark-Scheine eingeleistet worden, die von Mayer und Genossen angefertigt worden waren. Ein großer Teil davon dürfte von den nunmehr Verhafteten hauptsächlich in München ausgegeben worden sein.

Der höchste Hochflug. Aus Dayton (Ohio) kommt die Nachricht, daß der Fliegerleutnant Reedy den Höhenrekord geschlagen hat mit 12 445 Metern. Der frühere Rekord war 10 093 Meter und wurde von dem amerikanischen Fliegerleutnant Schraider gehalten. Reedy hat diesen Erfolg einem Kriegsflyerzug Lepere und einem Liberty-Motor von 400 Pferdestärken zu verdanken. Um diese Höhe zu erreichen, hat er 1½ Stunden gebraucht.

Das Erdbeben von Massana hatte eine verheerende Wirkung, so daß die meisten Bauten des italienischen Haupthafens am Raten Meere entweder zerstört oder wegen Einsturzgefahr niederzulegen sind. Die Bevölkerung Massanas ist wegen Fortdauer der Erdstöße in Zelte oder in Nachbarort übergesiedelt.

Eisenbahnkatastrophe. Die Bahnlinie von Triest nach Pola wurde durch ein angeblich kommunistisches Bombenattentat unterbrochen.

Bericht für den rechts. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für den linken: Dr. Oskar, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

**Gold-Silber-Platin**  
Barren, Bruch und Gegenstände  
Münzensammlung  
Zahngelisse  
verkaufen Sie am vorteilhaftesten, nur bei der bekannten renommierten Firma von Ruf  
„E.V.N.“ Edelmetall-Verwertung Neuhaus  
Größter Absatz für Händler  
Hauptgeschäft: Belle-Alliance-Platz 6a  
Neben-Friedrichstraße  
Filiale: Roßtr. 8, N. N. Spittelmarkt  
(nur Metall-Einkauf) (nur im Laden)

**GOLD-SILBER-PLATIN**  
Silber-Zentrale  
Gotzkowskyst. 13  
Dezimalwagen  
Tafelwagen, Gewicht  
billigste Preise, Gr. L.  
Georg Wagner,  
Cöpenicker Str. 71  
Klein Ladengeschäft.

**Teppiche**  
auf man am besten in dem seit  
30 Jahren bestehenden  
Teppichhaus  
Brünn  
Lackescher Markt  
am Bahnhof Büro  
1700 Auswahl  
billigste Preise

Der Familienkalender des  
arbeitenden Volkes ist der  
**VORWARTS  
ALMANACH**  
1922  
In Tiedruck hergestellt,  
reich illustriert, enthält er  
viele interessante Auf-  
sätze, bewährte Gegen-  
wartssagen, ferner Er-  
zählungen, Anekdoten,  
u. a. m., für Jung und Alt.  
Fests in billiger Mehr-  
schmuckausgabe Mark 4,-  
Buchhandlung  
**VORWARTS**  
BERLIN SW. 68,  
LINDENSTRASSE 2

**Achtung!**  
Antares Wettkonzern verspricht  
**100 %**  
bleibt aber nicht Wort. Ich halte aber Wort  
und zahle für  
**Brillanten • Edelsteine**  
Platina, Gold- und Silberbrach  
sowie Gegenstände des höchsten Tageswerts,  
und Sie haben bestimmt Ihren Totogeminn  
in der Tasche. Dringender Bedarf. Direkte  
Verwertung, eigene Schmelze.  
**Ed. Kokoski, Juweller Berlin**  
Brunnenstraße 168 Goldwarenfabrik  
mit selbst. Vertrieb.  
Teleph. Humboldt 5490, Oper. 1909

**BERLITZ  
SCHOOLS**  
Leipziger Str. 123a  
Ecke Wilhelmstr.  
Tauentzienstr. 19a  
**FREIHEITSPRACHEN**  
Einzelunterricht.  
Zirkel monatl. 60 Mark  
**Metallbetten**  
Stahlmatraz, Stahrbetten  
für an Privat, Rotat. 30 M.  
Gleisendelfabr. Suhl (Th. 17)  
**Pelz**  
Waren  
nur mod.  
Verarbeit.  
billigst  
Goldstein, Dresd. Str. 1,  
Hochbahn-Korridor Tor